

Die Armee konsolidieren

Autor(en): **Maurer, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 10

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Armee konsolidieren

Interviewaussagen des Chefs VBS über die Entwicklung der Armee haben bei Sicherheitspolitikern, aber auch in der SOG, zu Unverständnis, ja Unmut geführt. Die ASMZ hat in der September-Ausgabe darüber berichtet. Wir haben den Chef des VBS um eine Stellungnahme gebeten. *Be*

Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS

Es wird dem Bundesrat oft vorgeworfen, er sei zu stark auf die Tagesgeschäfte fokussiert, er schaue zu wenig in die Zukunft. Ich habe im August in einem Zeitungsinterview – auf eine entsprechende Frage – 12 Jahre vorausgeschaut. 12 Jahre, das sind drei Legislaturen. Das ist eine halbe Generation. Das sind die Jahre nach 2020.

Dass unsere Milizarmee dannzumal anders aussehen wird als heute, liegt auf der Hand. Aber die Debatte darüber ist verfrüht! Es besteht also weder Grund zu Konsternation noch zu Panik vor dramatischen Abbauplänen. In den kommenden Jahren muss es nun darum gehen, die heutige Armee zu konsolidieren.

Eine Milizarmee erträgt zu viele Reformen in zu kurzer Zeit offensichtlich nicht. Dies lehrt uns die Erfahrung der letzten Jahre. Wir stecken in einem eigentlichen Reformstau. Bei meinen regelmässigen Truppenbesuchen treffe ich zwar auf motivierte Soldaten, die ihre Arbeit gut machen. Trotzdem kann nicht verborgen bleiben, dass die Einsatzbereitschaft der Armee ungenügend ist. Die grössten Baustellen haben wir bei der Logistik und bei der Führungsunterstützung. Hier brauchen wir fünf bis sieben Jahre, um Ordnung zu schaffen.

Wir gehen pragmatisch ans Werk. Wir analysieren das Problem, treffen Sofortmassnahmen und gehen dann an die Lösungen.

Die Armee zu konsolidieren bedeutet natürlich nicht Stillstand. Wir haben wichtige Geschäfte vor uns. Wir müssen im Bundesrat, im Parlament und vor dem Volk argumentieren. Wir müssen überzeugen. Und: Wir müssen zusammenstehen. Offene Diskussionen: Ja. Aber Grabenkämpfe im VBS, im Offizierskorps, in der Militärfachpresse dienen der Sache nicht.

Blick auf aktuelle Geschäfte

Dienstwaffe: Der Bundesrat hält an der Heimabgabe fest, will aber mit einem Bündel von Massnahmen Missbräuche verhin-

dern. So sollen Änderungen im Militärgesetz – vom Bundesrat im August verabschiedet – der Armee Einblick in das Strafregister sowie in Straf- und Strafvollzugsakten erlauben und anlässlich der Rekrutierung eine generelle Personensicherheitsüberprüfung ermöglichen. Kader sollen verpflichtet werden, Armeeingehörige mit Gewalt- oder Suizidpotential zu melden.



Bundesrat Ueli Maurer

Chef des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Ab 2010 soll jeder Armeeingehörige seine Waffe ohne Angabe von Gründen und kostenlos bei einem Logistik-Center oder einer Retablierungsstelle der LBA hinterlegen können. Und: Wer seine persönliche Waffe nach Beendigung der Wehrpflicht kaufen will, braucht künftig einen Waffenerwerbsschein.

Sicherheitspolitischer Bericht: Der Gesamtbundesrat wird Mitte Oktober eine erste Diskussion führen. Der Berichtsentwurf geht anschliessend in eine Vernehmlassung. Voraussichtlich im Januar 2010 wird der Bundesrat den Bericht verabschieden und an das Parlament weiterleiten – zusammen mit Kernsätzen und Anträgen zum weiteren Vorgehen. Damit kann das Parlament seine Verantwortung übernehmen.

GSoA-Initiative und Tiger-Teilersatz: Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» ohne Gegenvorschlag ab. Dies aus grundsätzlichen staatspolitischen Überlegungen. Er will sich und dem Parlament nicht via Verfassungsartikel die Handlungsfreiheit nehmen lassen in einer Zeit, in der sich die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Ereignisse mit hoher Kadenz verändern. Es werden eine speditive Behandlung durch das Parlament und ein Abstimmungstermin im Herbst 2010 angestrebt. Den Flugzeugentscheid will der Bundesrat im ersten Quartal 2010 fällen. Der Antrag für die Beschaffung neuer Flugzeuge ist dann für das Rüstungsprogramm 2011 vorgesehen.

Blick auf die demografische Entwicklung

Der Sicherheitspolitische Bericht wird die Richtung aufzeigen, in der wir die Armee zu entwickeln haben. Bereits heute ist jedoch klar, dass der Geburtenrückgang zu einer Verkleinerung der Armee führen wird, wenn nicht das Wehr- und Dienstleistungsmodell angepasst und das Dienstalter angehoben würden. Der Jahrgang 1990 wird knapp 21 000 Soldaten «hergeben», der Jahrgang 2007 noch gut 15 000. Diese Zahlen müssen uns ebenso zu denken geben wie die Entwicklung im Zivildienst. Die Zahl der Gesuche hat sich nach der Abschaffung der Gewissensprüfung durch das Parlament vervierfacht und geht in die Tausende. Sollte diese Tendenz anhalten, sind Gesetzesänderungen unumgänglich.

Fazit

Wir haben heute, morgen und übermorgen mit der Konsolidierung der Armee und mit den aktuellen Kerngeschäften genügend zu tun. Eine nächste Armeereform ist nicht geplant. Aber die politische Klugheit gebietet es, auch ins übernächste Jahrzehnt zu blicken. ■